

Und wieder brennen die Wälder

Über Reizungen der Augen und der Lungen beschwert man sich im nördlichen Indonesien und auf der malaisischen Halbinsel. In Indonesien mußte auf mehreren Flüssen die Schifffahrt und auf einigen Flughäfen der gesamte Betrieb eingestellt werden. Und Japans Kaiser Akihito sagte Ende September eine geplante Reise in die malaysische Stadt Ipoh ab. Der Grund: In Indonesien – in Kalimantan, auf Sumatra und Java, in Süd-Sulawesi – brennt wie schon 1983 der Tropenwald. Weite Landstriche bis hin ins südliche Thailand sind in einen grauen Dunst eingehüllt, der die Sonne nicht mehr durchläßt. Zahlen über das Ausmaß der Brände variieren. Anfänglich sprach das Forstministerium von 50 000, einige Zeitungen aus Jakarta von über 100 000 Hektar. Mitte Oktober gab Umweltminister Emil Salim zu, daß allein im Nationalpark Bukit Suharto in Ost-Kalimantan 500 000 Hektar Wald in Flammen stehen. Im Vergleich dazu: 1983, als die Weltöffentlichkeit auf das Thema Tropenwald noch weniger sensibel reagierte, fielen allein

im Bukit Suharto 3,6 Millionen Hektar Wald den Flammen zum Opfer, davon knapp ein Viertel Primärwald. 40% machte damals der Anteil aus, für den bereits Rodungslizenzen vergeben worden waren, und gut 20% der Anteil an besiedelten oder für den Wanderfeldbau gerodeten Gebieten. Wie sich heute diese Zahlen verteilen, darüber gibt es noch keine Angaben. Es wird vermutet, daß hauptsächlich Sekundärschungle und bereits gerodete Gebiet betroffen sind.

Während 1983 die Informationspolitik der Indonesischen Regierung zu den Waldbränden mehr als zurückhaltend war, wollte man diesmal dem drohenden Zeigefinger der internationalen Umweltschützer zuvorkommen. Am 7. Oktober auf dem Treffen der ASEAN-Wirtschaftsminister formulierte Malaysias Premier Mahatir Mohamad scharfe Kritik an westlichen Welt, die keinen Finger rühre, um bei der Löschung der Brände zu helfen. Diese Untätigkeit, so Mahatir, stehe in krassem Gegensatz zu den Kampagnen im Westen gegen die Abholzung von Regenwald in

Malaysia und Indonesien. Glücklicherweise stießen die Indonesier in die gleiche Kerbe. Auch 1983 habe keiner geholfen, so hieß es. Dabei waren es deutsche GTZ-Experten gewesen, die damals die Nachricht von den Bränden überhaupt außer Landes getragen hatten. Bei der Weltbank reagierte man überrascht. Anträge oder Anfragen für derlei Hilfe seien bei der Bank nicht eingegangen, so hieß es. Noch sei dieses Thema auf der Konferenz in Bangkok auf den Tisch gekommen.

Indonesien ist nach Brasilien das Land mit dem zweitgrößten Bestand an tropischem Regenwald. Er wurde auf ursprünglich 143 Millionen Hektar geschätzt. Nach Angaben der Wochenzeitschrift Tempo werden jährlich 1,3 Millionen Hektar davon zerstört, nach Ansicht von Umweltschützern sind es 2 Millionen. Der Kahlschlag ist nicht mehr aufzuhalten. Er bringt zu gute Devisen: Nach Öl und Gas steht das Geschäft mit dem Holz an dritter Stelle der indonesischen Exporterlöse. So flossen zwischen April und September 1991 allein mit dem Verkauf von Spanplatten 1,4 Milliarden Dollar nach Indonesien. Das

Ausmaß der Rodungen bestimmt die Regierung. Sie vergibt die Lizenzen. 558 Personen, unter ihnen viele pensionierte Beamte und Militärs, sind bislang im Besitz einer solchen Lizenz über mindestens 30.000 Hektar Wald. Nach oben ist die Grenze offen. Die Lizenzvergabe ist mit mehreren Auflagen verbunden. So dürfen nur bestimmte, große Bäume gefällt werden. Außerdem muß eine – allerdings sehr geringe – Wiederaufforstungsabgabe entrichtet werden, wenn der Lizenzinhaber sich darum nicht selbst bemüht. Tatsächlich werden die Rodungsrechte häufig an Unternehmen verkauft, die sich dann wenig an die (Spiel-) Regeln, z.B. an die Größe des ihnen zugeteilten Gebiets und an die Auswahl bestimmter Hölzer, halten.

Unter diesen Bedingungen ist der Zustand des Regenwalds inzwischen besorgniserregend. So gibt es Gebiete, die nur noch mit trockenem Laub und Ästen bedeckt sind. Die direkte Sonneneinstrahlung hat dort zu einer Erwärmung um mehrere Grad geführt. In einigen Gegenden Kalimantan, wo direkt unter der Erdoberfläche Kohleflöze sind, tritt dies noch verstärkt auf. Die Ausbreitung von Bränden ist hier besonders schwer zu verhindern. Doch wird in Indonesien – wie anderswo auch – offiziell der Brandrodungsbau der einheimischen Bevölkerung für die Zerstörung des Waldes und die Brände verantwortlich gemacht.

Indonesische Umweltschützer kritisieren, daß die Ausstattung des Landes mit Geräten zur Bekämpfung solcher Feuer völlig unzureichend ist. So stehen im ganzen Land nur zwei entsprechende Flugzeuge zur Verfügung. Die Umweltorganisation SKEPHI ist außerdem der Meinung, daß durch das bestehende System auch die Urwaldbevölkerung ihrer ursprünglichen Lebensgrundlage immer mehr entfremdet wurde und diese wieder zu einer behutsameren Bewirtschaftung des Waldes zurückgeführt werden müsse.

vgl. Editor vom 19.10.1991, S.16; FEER vom 31.10.1991, S.19f; TEMPO vom 26.10.1991, S.21-32; Statement der Organisation SKEPHI vom 16.10.1991



Waldbrände: Der Nebel reicht bis Thailand

Foto: Archiv

"Schlechter Einfluß" vor den Wahlen

Suhartos sechste Amtsperiode?

Von der Kandidatenliste für die Parlamentswahlen im Juni 1992 streichen lassen hat Präsident Suharto einige der stärksten Persönlichkeiten aus dem Lager der Regierungspartei Golkar. Dazu Kwik Kian Gie, Mitglied der Demokratischen Partei PDI: Solche Maßnahmen im Vorfeld von Wahlen seien nicht neu, aber merkwürdig daran sei, "daß sie durchgezogen werden, wo sich offensichtlich der Rest der Welt auf politische Liberalisierung hinbewegt."

Ein neues System haben sich die politischen "Durchleuchter" in Jakarta im Vorfeld der anstehenden Parlaments-

wahlen ausgedacht. Konnten Kandidaten bislang eliminiert werden, weil sie direkt oder indirekt mit der PKI in Zusammenhang gebracht wurden, ist das neue System mit Namen LITSUS weniger statisch. Es geht davon aus, daß Menschen sich verändern, d.h. zu jeder Zeit unter einen schlechten Einfluß geraten können. Davon, so heißt es, seien selbst die besten Familien nicht ausgenommen. Solch einen "schlechten Einfluß" würde z.B. "Radio Australia" ausüben, dessen Hörer besonders verdächtig seien. Jeder Parlamentskandidat muß eine schriftliche und mündliche Prüfung für seine politische Zuverlässigkeit ablegen. Kritische Parlamentarier müssen

ihre Offenheit häufig mit einem schlechten Listenplatz büßen.

In einem Interview mit Asia Week erklärte Innenminister Rudini, daß eine weitere Amtsperiode Präsident Suhartos durchaus in Frage käme. Gesucht werden müsse nur nach einem jüngeren Vizepräsidenten, ein Amt, für das sich Presseberichten zur Folge auch zwei Professorinnen aus Nord-Sumatra zur Verfügung stellen würden. Im Anschluß an seine letzte Wahl hatte Suharto Rücktrittsabsichten geäußert und so Spekulationen über seine mögliche Nachfolge entfacht.

vgl. AW vom 13.9.1991, S.; FEER vom ; Merdeka vom 14.9.1991; TAPOL No.107, Oktober 1991, S.8; Waspada vom 24.10.1991

Malaysia schickt Flüchtlinge zurück

Der kleine Nachbar hat sich dem größeren gebeugt. Ende Oktober kündigte die Regierung in Kuala Lumpur an, ca. 200 Flüchtlinge, die Anfang des Jahres von Aceh auf die Malaiische Halbinsel geflohen waren, nach Indonesien zurückzusenden. Die Acehnesen, die in Malaysia oder in einem dritten Land um Asyl bitten wollten, waren in Lager in die Nähe von Penang gebracht worden. Weder Vertreter der UN-Flüchtlingskommission noch malaysische Rechtsanwälte durften diese Lager betreten. Zugelassen wurden jedoch indonesische Beamte, die offensichtlich entsprechenden Druck auf die Flüchtlinge ausübten.

Obwohl aus Jakarta verlautet, die Verhältnisse in der im Norden Sumatras gelegenen Provinz (vgl. Hintergrundartikel in SOAI 3/91) seien inzwi-

schen wieder normal, gibt es weitere Berichte von Übergriffen der Armee auf acehnese Dörfer, wo Rebellen der "Bewegung Freies Aceh" (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) vermutet werden.

In einer Rede auf der Genfer UN-Kommission zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten griff im August GAM-Führer Hasan di Tiro die indonesische Gerichtsbarkeit scharf an. Die wenigen Prozesse, zu denen es Anfang dieses Jahres in Aceh gekommen sei, so Hasan di Tiro, dienten nur dazu, die Morde an 10000 unschuldigen Zivilisten zu legalisieren.

vgl. FEER vom 24.10.1991, S.14; TAPOL NO.107, Oktober 1991, S.1-3

Welle von Streiks

Die Sorge um den täglichen Lebensunterhalt hat in der jüngsten Zeit nicht nur um ihre Felder und Häuser kämpfende Bauern und Stadtbewohner auf die Straßen gehen und vor den Parlamenten demonstrieren lassen. Inzwischen sind auch die Arbeiter nachgezogen. Erster Höhepunkt war der 1. August, als in Jakartas

Satelitenstadt Tangerang 12.000 Arbeiter aus 14 Fabriken für höhere Löhne und bessere Miet-, Essens- und Transportkostenzuschüsse demonstrierten. Drei Wochen später wurde die Aktion wiederholt. Diesmal gingen auch Möbel und Fensterscheiben zu Bruch. Beide Demonstrationen wurden von Polizei und Militär aufgelöst. Tonangebend waren bei beiden Aktionen die Arbeiter der Reifenfabrik Gajah Tunggal gewesen.

Der Gajah Tunggal Streik ist nach Ansicht von Beobachter der massivste Arbeiterprotest seit 25 Jahren. Erstmals beteiligten sich Arbeiter aus mehreren Fabriken an einer solchen Aktion. Massive Kritik richteten die Arbeiter dabei auch an den staatlich kontrollierten Gewerkschaftsverband SPSI, der in Sprechchören als "zahnlos" bezeichnet wurde. Daß Suhartos Minister längst nicht mehr auf einer Linie schwimmen, bewiesen die Reaktionen auf die Streiks. Während Minister Sudomo, zuständig für die innere Sicherheit, nach militärischer Verstärkung rief, weil die Proteste die nationale Stabilität und die Entwicklung des Landes gefährden könnten, betonte Arbeitsminister Cosmas Batubara, das Streikrecht sei gesetzlich verankert.

vgl. AW vom 6.9.1991, S...; FEER vom 12.9.1991, S.58; TAPOL No. 107, Oktober 1991, S.6f

Kurzmeldungen

Präsident Suharto unterstützt mit ca. 1,5 Millionen Dollar Startkapital die Gründung der ersten islamischen Bank in Indonesien. Das Geld, das von einer Stiftung kommt, die Suharto untersteht, wurde in Form eines zinslosen Darlehens mit unbestimmter Laufzeit gewährt. Suharto will auch andere reiche Muslims dazu überreden, die Bank zu unterstützen. Eine islamische Bank nimmt keine Zinsen, da die religiösen Vorschriften den Wucher verbieten. Größter Anteilseigner der neuen Bank ist "Holzbaron" Bob Hasan.

vgl. FEER vom 12.9.1991, S.12; TEMPO vom 9.11.1991, S. 22-27

Umstritten ist in Jakarta die **Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Libyen**, die am 17. Oktober besiegelt wurde. Nach Ansichten einiger Militärs unterstützt Libyen die islamischen Separatisten in Aceh. Außenminister Ali Alatas bekräftigte, daß Libyen nun auf der nächsten Konferenz der Blockfreien im September 1992 in Jakarta teilnehmen könne. *vgl. FEER vom 31.10.1991, S. 14*

Einen Auftrag in Höhe von 10,8 Millionen Dollar erteilte die Indonesische Regierung einer japanischen Consulting Firma für eine **Feasibility Studie zum indonesischen Atomenergieprogramm.** Indonesien will bis zum Jahr 2015 bis zu 7000 MW aus der Atomenergie gewinnen. Das erste Kraftwerk soll 2003 fertig sein. *vgl. FEER vom 5.12.1991*

Zum ersten Mal nach 7 Jahren, als **Indonesien** die Reisversorgung aus eigener Kraft sicherstellen konnte, **muß** das Land **wieder Reis importieren.** Grund dafür ist eine anhaltende Trockenheit. 600 000 Tonnen wurden in Thailand und Indien gekauft und von Vietnam und den Philippinen jeweils eine "Anleihe" von 100 000 Tonnen zurückgefordert. *vgl. FEER vom 14.11.1991, S. 60f*

**Indonesien –
Eine Chronologie der Angst**

25 Jahre Menschenrechtsverletzungen

eine Broschüre, herausgegeben von der Südostasien-Informationsstelle im Juni 1991, anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Suharto in der Bundesrepublik 17 S., DM 3,-

zu beziehen bei:
**SOA-Informationsstelle
Josephinenstr. 71
4630 Bochum 1**